



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Europa wählen. Demokratie stärken.

Aufruf des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Europawahl 2019

Gehen Sie am 26. Mai zur Wahl, nutzen Sie Ihre Möglichkeit, in Europa mitzuentcheiden und zeigen Sie, dass die Unterstützung für unsere gemeinsame Europäische Union groß und lebendig ist. Denn nur gemeinsam sind wir stark!

So wie unser Glaube dort lebendig ist, wo zwei oder drei ihn gemeinsam leben, so lebt auch Europa von unserem Engagement und unserem Eintreten für die gemeinsamen Ziele. Europa ist eine kulturelle, soziale und politische Gemeinschaft, in die wir als Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker und Christinnen und Christen in Ost und West ganz unterschiedliche Erfahrungen und Talente einbringen. Es ist aber auch unser Alltag, nicht nur Binnenmarkt, sondern viel mehr noch Begegnungsraum, in dem wir arbeiten, einkaufen und reisen. So sind die gemeinsame Währung, der offene Schengen-Raum, der Austausch und die Begegnung über Grenzen hinweg für viele selbstverständlich und unverzichtbar geworden. Hinter alldem steht die Idee der Europäischen Union als Friedensprojekt, die aus den Kriegskatastrophen des 20. Jahrhunderts entstanden ist. Diese gelebte und oft nur noch von außen in ihrer Besonderheit wahrgenommene Wirklichkeit ist gefährdet durch kurzsichtigen Nationalismus und Populismus. Er schürt Ängste und bedroht die Errungenschaften der europäischen Integration. Die Sorge um die Zukunft der EU wird von vielen Menschen geteilt. In dieser großen Gemeinschaft wollen wir uns weiterhin für die Werte der europäischen Einigung einsetzen.

- **Im künftigen Europäischen Parlament brauchen wir Fürsprecherinnen und Fürsprecher der Solidarität unter den Mitgliedsstaaten sowie mit den Schwachen und Schutzlosen in den Ländern Europas.**

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen uns: Wir brauchen in Europa auf unterschiedlichen Gebieten Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Es gilt, Verantwortung für Gemeinschaftsaufgaben wahrzunehmen und Lasten fair auf alle Schultern zu verteilen. Besonders deutlich tritt dies bei der Sorge um geflüchtete Menschen zutage. Aber auch von der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich auf die soziale Lage in den Mitgliedsstaaten auswirkt, fühlen sich die Menschen in einigen

Mitgliedsstaaten im Stich gelassen. Sie bedürfen der solidarischen Unterstützung durch die Europäische Union.

- **Wir brauchen Vertreterinnen und Vertreter in Straßburg und Brüssel, die für ein starkes Europa streiten, das in der Weltgemeinschaft mit einer klaren Stimme spricht, um für Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten.**

Die Bedrohung durch den Klimawandel sowie die Sicherheit der Energie- und Nahrungsvorsorgung sind Herausforderungen, die wir über die Grenzen der Nationalstaatlichkeit hinaus wahrnehmen müssen und nur in gemeinsamer, konzertierter Aktion lösen können. Auch beobachten wir mit Sorge die Zunahme zwischenstaatlicher Konflikte und weltweite Aufrüstung. Zugleich braucht es eine kluge Unterscheidung zwischen Problemen, die nur gemeinsam gelöst werden können und der Freiheit der Mitgliedsstaaten, in subsidiärer Verantwortung Lösungen auch auf regionaler und nationaler Ebene zu finden, wo Unterschiedlichkeit möglich und sinnvoll ist.

- **Im künftigen Europäischen Parlament brauchen wir eine breite und starke Allianz der proeuropäischen, am Gemeinwohl orientierten politischen Kräfte.**

Vor 40 Jahren konnten erstmals die Bürgerinnen und Bürger der damaligen Europäischen Gemeinschaft ihre Abgeordneten direkt für das Straßburger Parlament wählen. Nur zehn Jahre später erstritten die Bürgerinnen und Bürger Mittel- und Osteuropas Freiheit und Demokratie. Seitdem kann Europa weiter zusammenwachsen und gemeinsam die Zukunft gestalten in unserem europäischen Staatenverbund, der für eine einzigartige wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolgsgeschichte steht. Diese darf nicht durch europafeindliche Stimmungsmache gefährdet werden.

Diese EU ist ein Gewinn für alle ihre Bürgerinnen und Bürger und schützt unseren Frieden, unsere Rechte und Freiheiten. Wir fordern alle Christinnen und Christen auf, am 26. Mai wählen zu gehen. Setzen wir so ein Zeichen für die EU, für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine solidarische und gerechte Gesellschaftsordnung.

Beschlossen von der Vollversammlung des ZdK am 10. Mai 2019.